GENERALVERSAMMLUNG DER EUR in BUKAREST

Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Vorsitzender der Gewerkschaft öffentlicher Dienst – Bundesvertretung Justiz und Vorsitzender des Zentralausschusses beim Bundesministerium für Justiz, der auch die österreichischen Rechtspfleger/innen vertritt, möchte ich vorerst die Grüße der Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen aus Österreich überbringen. Besonders freut es mich, dass auch Vertreter der österr. Rechtspflegervereinigung erstmals bei einer Generalversammlung der EUR anwesend sind.

Wir bedanken uns bei den rumänischen Kolleginnen und Kollegen für die Einladung zum Kongress in dieses wunderschöne Land.

Nun zu meinem Bericht

Im letzten Jahr war Österreich – wie viele andere EU-Staaten auch – durch die Wirtschaftskrise in keiner guten Situation. Sofort wurde der teure öffentliche Dienst angeprangert und Einsparungen verlangt.

Im Bereich der Gerichtsbarkeit konnten durch angedrohte Kampfmaßnahmen bei Richtern, Staatsanwälten und Rechtspfleger/innen alle Planstellenkürzungen verhindert werden. Die Vertretung der Rechtspfleger/innen versucht weitere Kompetenzen vom Richter zu bekommen, um die 85 % der selbständigen Erledigungen in den Sparten Außerstreit, Grundbuch, Firmenbuch und Zivilprozess-, Exekutions- und Insolvensachen zu erhöhen.

Im Jahre 2012 werden auch die Vorarbeiten für einen Strafrechtspfleger beendet sein, sodass mit Beginn des Jahres 2013 erstmals auch im Strafbereich Rechtspfleger/innen selbständige Entscheidungen, die nur dem Gesetz verpflichtet sind, treffen werden.

In Österreich erledigen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger rund 85 % des Gesamtanfalles der österreichischen Gerichte. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind in den Sparten Außerstreit, Grundbuch, Firmenbuch, Zivilprozess-, Exekutions- und Insolvenzsachen tätig.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunktist die Neuregelung des Ausbildungssystems für den Beruf Rechtspfleger.

Basierend auf Vorschlägen des "Grünbuchs der EUR", bei dem ich dankenswerterweise mitarbeiten durfte, wollten wir Neuzugänge nur mehr nach Abschluss einer universitären rechtlichen Ausbildung in die Justiz aufnehmen. Erst dann soll die justizinterne Ausbildung im Rahmen eines Fachlehrganges in der Dauer von weiteren zwei Semestern stattfinden. Bisher wurde die gesamte Berufsausbildung durch das Justizbudget finanziert. In Zukunft würden Kosten aus dem allgemeinen Bildungsbudget getragen. Wir erhoffen uns dadurch einige Vorteile.

Die Grundsatzentscheidung, ab wann es die neue Ausbildung geben soll, ist noch offen. Klar ist für uns, dass es die Herausforderungen an die österreichischen Rechtspfleger/innen in Zukunft notwendig erscheinen lassen, neue Wege der Ausbildung zu beschreiten.

Kein Durchbruch konnte bisher bei der im Grünbuch der EUR vorgeschlagenen akademischen Ausbildung des Rechtspflegernachwuchses erreicht werden.

Vom Bundesministerium für Justiz wird unter Hinweis auf nicht vorhandene Budgetmittel die Umsetzung dieser langjährigen Forderung derzeit nicht realisiert.

Die Fortführung der Justizreform bringt uns eine komplette Neugestaltung des Grundbuches. Dabei werden die Anträge der Parteien weitgehend papierlos im elektronischen Weg eingebracht werden können. Natürlich erfolgt die Zustellung der gerichtlichen Erledigung mittels der elektronischen Datenverarbeitung. Die Gerichtsgebühren werden automatisch berechnet und vom Konto des Zahlungspflichten eingezogen. Eine moderne Benutzeroberfläche der EDV Software bringt verbesserte Arbeitsmethoden und Übersichtlichkeit für die Rechtspfleger/innen. Durch die Vollvernetzung der österreichischen Justiz kann jeder Interessierte über Internet auf die Grundbuchdaten zugreifen.

Die österreichischen Rechtspfleger/innen sehen sich als wesentliche Säule einer bürgerfreundlichen Gerichtsbarkeit. Wir verschließen uns nicht vor sinnvollen Neuerungen und unterstützten mit einer effizienten Justiz den Wirtschaftsstandort Österrreich.

Zum Schluss bedanke ich mich bei den Organisatoren für die gelungene Veranstaltung und wünsche der Präsidentschaft viel Erfolg und Schaffenskraft im Sinne unserer gemeinsamen Ziele.